

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint wöchentlich am Sonntag und Freitag.
Redaktion: Unterbreizungen, Schwarzenberg.
Verlag: C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.
Hauptgeschäftsstelle: Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541.
Geschäftsstellen: Röhrlitz (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns und des Bezirksverbands Schwarzenberg, der Bürgermeister zu Grünhain, Röhrlitz, Neufeld und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.
Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneeberg, Schwarzenberg, Johannegeorgenthal, des Oberbürgermeisters zu Aue und des Ersten Bürgermeisters zu Schwarzenberg.
Verlag C. M. Gärtner, Aue, Sachsen.
Hauptgeschäftsstelle: Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541. Druckanschrift: Volksfreund Aue/Sachsen.
Geschäftsstellen: Röhrlitz (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Abgabe des Monatsheftes für die am Nachmittage erscheinende Nummer bis einschließl. 9 Uhr in den Geschäftsstellen.
Der Preis für die 22 mm breite Millimetergröße ist 4,- für den 50 mm breiten Text-Millimeter 2,- 50, enthält 12 S. Allgemeine Bedingungen laut Preiskarte 5. Nachdruck verboten.
Bei Verfassung von hoher Hand keine Haftung aus laufenden Verträgen, bei Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes keine Ansprüche.
Postfach-Nr. 12226.
Gemeinde-Post-Nr. 12226.
Verlag: Aue, Sachsen, Nr. 28.

Nr. 275.

Dienstag, den 26. November 1935.

Jahrg. 88.

Amthliche Anzeigen.

Der Architekt Arthur Rauchauf in Schwarzenberg beabsichtigt, an Stelle des bis zum Hochwasser 1931 auf seinem Betriebswehre im Schwarzwasser in Schwarzenberg (ehem. Firma S. F. Glas) geführten festen Aufstages einen beweglichen von gleicher Höhe aufzubringen. (§§ 23, 33 des Wassergesetzes.)

Die Unterlagen können hier eingesehen werden.
Einwendungen können binnen 2 Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier angebracht werden. Wer sich innerhalb dieser Frist nicht meldet, verliert das Recht zum Widerspruch.
Bürgerlich-rechtliche Ansprüche bleiben hiervon unberührt.
B. Schw. 47/35.
Schwarzenberg, den 25. November 1935.
Der Amtshauptmann.

Landeskirchenauschuß auch in Sachsen.

Berlin, 26. Nov. Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten Kerrl hat angeordnet, daß auch für die evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens aus den Mitgliedern der Kirche ein Landeskirchenauschuß gebildet wird. Die Geschäftsordnung des Reichskirchenauschusses findet auf ihn sinngemäß Anwendung. Der Landeskirchenauschuß hat auf der Grundlage der Verfassung der deutschen evangelischen Kirche mit dem Reichskirchenauschuß zusammenzuarbeiten. Die Verordnung gilt längstens bis zum 30. September 1937.

Wie wir hören, gehören dem Auschuß u. a. an die Pfarrer Dr. Dr. Fichtner-Dresden, Wendelin-Dresden, Dr. Bruns-Leipzig.

Merkliche Entspannung der allgemeinen Lage.

Infolge des Aufschubs der Delsperre gegen Italien.

London, 26. Nov. Ein Teil der Presse ist der Ansicht, der Aufschub der Delsperre sei durch den Hinweis Laval's erfolgt, daß die schwierige innerpolitische Lage der französischen Regierung eine Stellungnahme zu dieser wichtigen Frage gegenwärtig unmöglich mache.

„Morningpost“ spricht von einer merklichen Entspannung der allgemeinen Lage, die infolge des Aufschubs des Planes einer Delsperre gegen Italien eingetreten sei. Italien habe verschiedentlich zu verstehen gegeben, daß es die Annahme des Vorschlages endgültig als feindselige Handlung betrachten würde und die Verantwortung für die Folgen ablehne. Obwohl die Warnung nicht die Hauptsache des Aufschubs gewesen sei, habe sie zweifellos die Haltung der Mächte, besonders Frankreichs, beeinflusst. Ein weiterer Grund für die Aufschübung sei die Ungewißheit hinsichtlich der Haltung Amerikas. Bei der Regierung werde die Gefahr einer unbegrenzten Fortdauer des Streites nicht ohne Sorge betrachtet, denn es herrsche Klarheit darüber, daß je länger der Krieg und die Sühnemaßnahmen fortdauern, desto schwieriger eine Vereinbarung sein werde, außer durch den vollständigen Zusammenbruch Italiens. Der Aufsatz von Ganda im „Giornale d'Italia“, in dem zum ersten Mal von der Möglichkeit gesprochen wird, daß Italien durch die Sühnepolitik zum Nachgeben gezwungen werden könnte, findet Beachtung.

„Daily Telegraph“ schreibt, Laval wolle die neue Atempause zu weiteren Versöhnungsbemühungen benutzen. Seit einiger Zeit habe er es sich angelegen sein lassen, Mussolini der außerordentlich freundschaftlichen Haltung Frankreichs gegenüber Italien zu versichern. Diese Annäherungen hätten zur Folge gehabt, daß die Zusicherungen, die Laval im letzten Monat über eine Unterstützung Großbritanniens im Mittelmeer gegeben habe, merklich verwässert worden seien. Inzwischen seien Anzeichen bemerkbar, daß die britische Regierung, nachdem sie vom Lande eine neue Vollmacht erhalten habe, entschlossen sei, bei ihren Beziehungen mit Rom eine unabhängige Rolle zu spielen als bisher. Dies sei das logische Ergebnis der Erlaubnis, die der Völkerbund am 3. November gegeben habe, als Großbritannien und Frankreich ersucht wurden, ihre Bemühungen um Herstellung des Friedens fortzusetzen. Während der letzten drei Monate habe die britische Regierung sich damit begnügt, Laval die Initiative bei den Nachforschungen nach einer Friedensgrundlage zu überlassen. Der unerwartete Besuch des britischen Botschafters bei Mussolini am Sonnabend habe anscheinend zeigen sollen, daß auch unmittelbare Besprechungen zwischen Italien und Großbritannien möglich seien. Die Anregungen des Botschafters seien bestimmt gewesen, den Weg für einen Beistand Großbritanniens bei der Wiederherstellung des Friedens auf einer gerechten Grundlage zu ebnen. Man rechne aber nicht mit positiven Ergebnissen vor Ablauf eines oder zweier Monate. Es herrsche der Eindruck, daß die italienische Regierung eher Neigung habe, die Genfer Vorschläge des britischen Außenministers über die Rohstoffverteilung in Erwägung zu ziehen.

Im gleichen Blatte behandelt Generalmajor Temperley die Frage der Versorgung der italienischen Truppen in bedeutendem Ton und bezeichnet die Gerüchte von einem Zusammenbruch der Versorgung der Truppen mit Lebensmitteln und Material als glaubwürdig. Er vermutet, daß eine der ersten Handlungen des neuen Oberbefehlshabers Marschall Badoglio sein werde, die Zahl der Soldaten an der Front zu vermindern. Er fügt hinzu: „Die Zeit geht dahin und die Regenfälle und der Druck der Sühnemaßnahmen müssen sich binnen kurzem zur Geltung bringen.“

Paris, 26. Nov. Zur Vertagung des Zusammentritts des Vierzehnerauschusses vertritt man hier den Standpunkt, daß ein Ausfuhrverbot für Erdöl doch nur eine halbe Maßnahme sei, solange andere Länder, z. B. Amerika, sich nicht daran beteiligen. Dort könne die Regierung ohne Beschluß des Kongresses kein Ausfuhrverbot verhängen. Die ein Verbot durchführenden Staaten hätten also einzuweichen die Kosten des Verfahrens zu tragen. Man könne zwar behaupten, schreibt „Journal“, daß die Sperrung der Delsfuhr das Ende des Krieges bedeuten würde und daß dies doch schließlich der Zweck und Sinn des gemeinsamen Genfer Vorgehens sei. Auf der anderen Seite müsse man berücksichtigen, daß das Ziel der Sühnemaßnahmen dahin gehe, den Frieden sobald wie möglich wiederherzustellen. Die Frage sei aber, ob dieses Ziel durch eine so schwerwiegende Maßnahme erreicht werde. Denn

wenn man Italien in die Enge treibe, sei zu befürchten, daß es zu einer letzten verzweifeltten Handlung greife und alles auf eine Karte setze. Die Sperrung der Delsfuhr könne außerdem nur dann in Erwägung gezogen werden, wenn das betreffende Land sich allen Versöhnungsversuchen gegenüber unangenehm zeige. Das könne man aber von Italien nicht sagen. In der Note vom 11. November habe die italienische Regierung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie zu einer friedlichen Regelung bereit sei, wenn man dabei der wirklichen Lage Rechnung trage. „Deuvre“ glaubt die Nachgiebigkeit Englands in der Frage der Delsperre darauf zurückführen zu können, daß man auch in London die Rückwirkungen fürchte, die eine solche Maßnahme in Italien auslösen könnte. „Echo de Paris“ erklärt, London habe sich den französischen Einwänden beugen müssen. Das Blatt geht auch auf die Unterredung ein, die der Duce am Sonnabend mit dem britischen Botschafter hatte. Hierbei sei nicht nur die Rede vom Gleichgewicht im Mittelmeer und dem Rückzug weiterer italienischer Truppen aus Syrien gewesen, sondern zum ersten Male habe man sich auch über die Regelung des italienisch-abessinischen Krieges unterhalten. Die britische Regierung habe den Duce wissen lassen, daß sie zu Verhandlungen über diese Frage bereit sei.

Washington, 26. Nov. Der Regierung gingen Berichte zu, wonach die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten nach Italien und Abessinien im November trotz der Warnung der Regierungsstellen fortgesetzt worden sei.

England für Milderung der Völkerbundsatzung?

Paris, 26. Nov. „Deuvre“ will wissen, daß die englische Regierung sofort nach Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles eine grundlegende Milderung der Völkerbundsatzung vorschlagen werde und zwar in der Hinsicht, daß England in Fällen, in denen die Regeln der Kollektivsicherheit es in einen europäischen Krieg hineinziehen könnten, nur noch in ganz geringem Maße daran beteiligt sein würde. Ferner werde die englische Regierung, um Deutschland den Wiedereintritt in den Völkerbund zu ermöglichen, die von der Reichsregierung geforderten grundsätzlichen Abänderungen vorschlagen, von denen sie bisher nicht gewagt habe zu sprechen. Es handele sich darum, daß Deutschland verspreche, die Anwendung von Sühnemaßnahmen von einer vorherigen Beratung

der großen europäischen Mächte abhängig zu machen. Frankreich werde zwar gegen eine derartige Milderung protestieren, es werde sie aber angesichts seiner Haltung im italienisch-abessinischen Streitfall nicht verhindern können.

Jugoslawien und Frankreich.

Belgrad, 26. Nov. Die halbamtliche „Breme“ verlangt, daß die Mörder des Königs Alexander 13 Monate nach dem Verbrechen endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Dies ist der erste derartige Auffass, der sich gegen Frankreich richtet. Seine Veröffentlichung erfolgte auffälligerweise an dem Tage, an dem die Generalkonferenz der Kleinen Entente in Belgrad ihre alljährliche Zusammenkunft abhielten.

Moskaus doppeltes Gesicht.

Moskau, 25. Nov. Die sowjetrussische Antwortnote, in der der italienische Protest gegen die Verhängung wirtschaftlicher Sühnemaßnahmen zurückgewiesen wird, schließt mit der Versicherung, der Freundschaft zu Italien. Eine kürzlich in der „Prawda“ erschienene Erklärung der roten Gewerkschaftsinternationale, der sog. Profintern, die bekanntlich ebenso wie die Komintern ihren Sitz in Moskau hat, redet freilich eine andere Sprache. In dieser Erklärung heißt es u. a.: Eine Einigung aller revolutionären Gruppen über die gegen das faschistische Italien zu treffenden Maßnahmen stellte das einzige Mittel dar, um „den Angriff des faschistischen Italiens in Ostafrika aufzuhalten“. Einen weiteren Beitrag für die Doppelzüngigkeit Moskaus liefert die Montagausgabe der Militärschrift „Rotarmist und Roter Matrose“. Dort wird der italienische Faschismus in größter Weise beschimpft und verleumdete. Es werden Duzende von Meutereien, Streiks und Aufständen aufgezählt, die angeblich in Italien stattgefunden hätten. Die kommunistische Partei Italiens wird als „heldenhaft“ hingestellt. Sie habe seit Kriegsbeginn „in tiefer Unterwelt“ eine rege Tätigkeit zur Mobilisierung der Massen gegen den Krieg und das faschistische Regime entwickelt und die italienischen Soldaten zu einer Einheitsfront gegen Krieg und Faschismus aufgerufen. Dem Artikel ist ein angeblich unter den italienischen Soldaten verbreitetes revolutionäres Lied angefügt, das zur Ermordung der Offiziere auffordert.

Der Goldabfluß aus Frankreich hält an.

Paris, 25. Nov. Der Goldabzug, der in der Woche bis zum 16. November nach dem Ausweis der Bank von Frankreich fast eine Milliarde erreicht hatte, hat sich nach dem Wochenanweis der Bank von Frankreich in der letzten Woche 1,5 Milliarden betragen. Die Goldreserven wären damit auf unter 69 Milliarden gesunken. „Paris Midit“ sagt, es seien nicht die einzelnen, die bei den Banken die Einwechslung ihrer Goldscheine in Gold verlangten, denn die wüßten genau, daß in einem Augenblick der Krise der Besitz eines Goldbarrens in keiner Weise ihnen eine ruhige Zukunft gewährleisten würde. Es seien vielmehr die großen Kapitalisten, die fast ausschließlich nach Neuyork abwanderten, sei es, durch die Haufe in Wallstreet angelockt, sei es, daß die augenblickliche französische Lage sie zu dieser Maßnahme bestimme. Ein Goldausfuhrverbot würde einen sofortigen Sturz des Franken nach sich ziehen.

Neue Diskontierhöhung.

Die Bank von Frankreich hat ihren Diskontsatz, der mit Wirkung vom 14. November um 1 v. H. auf 4 v. H. und mit Wirkung vom 21. November nochmals um 1 v. H. auf 5 v. H. erhöht worden war, abermals um 1 auf 6 v. H. erhöht.

Pulsgerichte rechts und links.

Paris, 26. Nov. „Deuvre“ kündigt — allerdings mit einem Fragezeichen — einen Staatsstreik der Feuerwehler

für Donnerstag, den Tag des Kammerzusammentritts an. Der Führer der Bewegung, Oberst de la Roque, der oft genug auf die bevorstehende Stunde der Entscheidung hingewiesen habe, könne diesmal wahrscheinlich das Drängen seiner Anhänger nicht mehr bremsen. Der Angriffsplan gliedere sich in: Erstürmung des Parlaments, der Verwaltungszentren, der Ministerien und der Gebäude der großen republikanischen Zeitungen. In den ersten Stunden des Gewaltstreikes würden zahlreiche Hinrichtungen vollzogen werden (!). Viele Namen würden bereits genannt. So ständen z. B. sämtliche ehemaligen radikalsozialistischen Minister auf den schwarzen Listen, ebenfalls gewisse höhere Beamte der verschiedenen Ministerien und der Polizei.

Der rechtsgerichtete „Jour“ behauptet, daß in sämtlichen um Paris liegenden Vororten und Gemeinden, d. h. in den sog. roten Gürtel, unter dem Vorwand, die demokratische Freiheit zu verteidigen, überall bewaffnete Selbstschutzeinheiten der roten Volksfront gebildet worden seien, die in den Bürgermeistereien oder in den Gemeindefällen in Bereitschaft liegen sollen. Auch die sog. rote Feuerwehr habe Einberufung erhalten und stehe zur Verfügung der Bürgermeister. Überall seien die Sirenen und Kanonenschläge bereit, die die Verteidiger der Republik zusammenrufen sollen.

Laval hat gestern 30 Vertreter von 19 Verbänden empfangen, die sich unter Führung des Abg. Lattinger von der